

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
29. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 04.07.2018 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:20

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Nadine Bartz-Jetzki
Stv. Vincent Endereß
Stv. Harald Giebels
Stv. Udo Greeff
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Folke Schmelcher
Stv. Rainer Wetterau

Bis TOP 27

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Ulrich Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Alfred Leske
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

Stv. Michael Ruppert

Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler

Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Stv. Peter Schniewind

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Beigeordnete/r Engin Alparslan

StOVR Doris Abel

StVD Michael Rennert

StOVR Gerhard Titzer

VA Sonja Kunders

VA Olaf Tödte

VA Fabian Beyer

VA Anja Püschel

Personalrat

VA Miriam Schulz

Gäste

AM Nicola Günther

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 29. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf TOP 6 (Antrag Evangelische Kirchengemeinde Haan). Ebenso wie in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA), solle der TOP im nichtöffentlichen Teil behandelt werden, da hier vertragliche Inhalte behandelt würden.

Weiterhin verweist sie auf TOP 10 (Antrag der GAL) und 11 (Antrag der FDP). Hier wurde in der Sitzung des HFA am 26.06.2018 beschlossen, diese in der nächsten Sitzung des HFA im Oktober weiter zu beraten.

Ebenso verweist sie zu TOP 20 (Gebührensatzung für Rettungs- und Krankentransport) auf die Sitzung des HFA am 26.06.2018. Hier lägen bisher noch keine neuen Ergebnisse vor, so dass die Verwaltung die Gebührensatzung nach wie vor als nicht beschlussfähig ansieht, weshalb die Vorlage in der nächsten Sitzung des HFA und Rat im Oktober erneut beraten werden solle.

Über die o.g. Punkte zur Tagesordnung herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf TOP 12 (Antrag der WLH-Fraktion zur Haftmittelnutzung) und entschuldigt sich dafür, dass der Antrag der WLH-Fraktion im HFA nicht beraten worden sei. Hier sei es zu einem Missverständnis gekommen, weshalb sie annahm, dass der Antrag der WLH-Fraktion in der Sondersitzung des BKSA am 20.06.2018 zurückgezogen worden sei. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder im HFA habe sich bei der Abstimmung zur Tagesordnung ebenfalls dafür ausgesprochen, den Antrag der WLH in der HFA-Sitzung von der Tagesordnung zu nehmen, so dass dieser dort nicht beraten wurde. Sie erklärt, dass der Antrag in der heutigen Sitzung des Rates ordnungsgemäß zur Beratung und Beschlussfassung anstehe.

Stv. Lukat verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) am 21.06.2018. Sie moniert, dass der Ausschussvorsitzende Stv. Lemke nach Beratung des TOP 17 die Sitzung vorzeitig beendet habe. Somit wurden die Anträge der WLH-Fraktion vom 17.04.18 (TOP 22), 25.04.18 (TOP 18, 19) und 31.05.18 (TOP 21) nicht beraten. Daher bittet sie um Auskunft, wann ein geplanter Sondertermin für die Beratung der Tagesordnungspunkte 18 – 28 aus der Sitzung des SUVA stattfinde.

Für die o.g. Anträge der WLH-Fraktion stellt sie zudem den Antrag, diese in der heutigen Sitzung des Rates zu beraten.

Stv. Lemke erklärt, dass es bisher noch nicht möglich war, einen geeigneten Termin für eine entsprechende Sondersitzung des SUVA zu finden. Sobald dieser feststehe, würden die Fraktionen selbstverständlich informiert werden.

Zur vorzeitigen Beendigung der SUVA-Sitzung am 21.06.2018 erklärt er, dass das Sitzungsende zu Beginn der Sitzung, einvernehmlich von allen Ausschussmitgliedern, auch denen der WLH-Fraktion, festgelegt worden sei. Somit sei das vorgezogene Sitzungsende eine gemeinschaftliche Entscheidung des Ausschusses und nicht alleine die des Ausschussvorsitzenden.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt über den Antrag der WLH-Fraktion auf Beratung der o.g. Anträge abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

8 Ja / 29 Nein / 0 Enthaltungen

Die Anträge der WLH-Fraktion vom 17.04.18, 25.04.18 und 31.05.18 werden nicht in der heutigen Sitzung des Rates beraten.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

2./ Bestellung einer/eines stellvertretenden Schriftführerin/Schriftführers **Vorlage: 10/157/2018**

Beschluss:

Als 1. stellvertretende Schriftführerin für die Sitzungen des Rates der Stadt Haan wird Frau Theresa Floer bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**3./ Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die Prüfung der
Staatszuweisungen der Stadt Haan im Jahr 2017
Vorlage: 14/041/2018**

Protokoll:

Stv. Wetterau erklärt, dass in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses über den Prüfbericht beraten worden ist. Es sei jedoch vergessen worden den formellen Beschluss zu fassen. Hierzu merkte er an, dass das Rechnungsprüfungsamt allerdings keine kritischen Anmerkungen habe, so dass der Rat den Prüfungsbericht und die Ergebnisse der Beratungen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss ohne Bedenken zur Kenntnis nehmen könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan nimmt den Prüfungsbericht sowie das Ergebnis der Beratungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**4./ Wasserversorgungskonzept nach § 38 Abs. 3 Landeswassergesetz NRW
Vorlage: WTK/031/2018**

Beschluss:

Das Wasserversorgungskonzept (Anlage zur Vorlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 5./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3, GO NRW**
hier: Wiederaufnahme der Kindertagesstätten-Nutzung am Standort „Bachstraße“ / Neuangebot zweigruppige, städtische Kindertageseinrichtung
Sanierung & Nachtrag zum Stellenplan 2018
Vorlage: 10/160/2018
-

Beschluss:

Die mit Datum vom 06.06.2018 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (*Anlage 1*) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 6./ Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Haan v. 14.06.2018 (Einbringung)**
-

Beschluss:

Der Beschluss bezieht sich auf vertrauliche Vertragsinformationen, daher wurde der Beschluss im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beraten und beschlossen.

- 7./ Antrag der SPD-Fraktion v. 12.06.2018**
hier: Einführung eines Kinderparlamentes
-

Protokoll:

Stv. M. Klaus erläutert der Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2018. Es hätte sich gezeigt, dass das politische Interesse der Jugendlichen und Kindern in Haan groß sei. Viele hätten sich bei der letzten Wahl für die Arbeit des Jugendparlamentes interessiert, durften jedoch nicht zur Wahl antreten, da sie noch zu jung seien. Um es diesen Kindern zu ermöglichen, sich ebenfalls politisch zu beteiligen und auch für die Gremienarbeit zu interessieren, habe man die Idee des Kinderparlamentes aufgegriffen, welche auch bereits in anderen Städten (z.B. in Hilden) bereits gängige Praxis sei. Die SPD-Fraktion bittet daher darum, die Einrichtung eines Kinderparlamentes seitens der Verwaltung zu prüfen und eine entsprechende Vorlage in die politischen Gremien zur Beratung vorzulegen.

Stv. Sack begrüßt den Antrag im Namen der GAL-Fraktion und stimmt den Ausführungen der SPD-Fraktion zu. Er bittet darum, bei entsprechendem Beschluss, den Antrag in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (JHA) zu beraten.

Stv. Giebels spricht sich im Namen der CDU-Fraktion, ebenfalls für eine Prüfung des Sachverhaltes seitens der Verwaltung aus. Er weist jedoch auch darauf hin, dass die Einrichtung eines Kinderparlamentes nicht die einzige Option sei, dem Interesse der zu jungen Kinder entgegen zu kommen. Alternativ könnte auch über die Absenkung des Mindestalters für das Jugendparlament diskutiert werden.

Stv. Lukat bittet darum, die Beratungen nicht nur im JHA, sondern auch im Unterausschuss Organisation, Personal und Controlling (UA OPC) zu führen, da bei der Einrichtung eines Kinderparlamentes auch zusätzliche Personalressourcen benötigt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Kinderparlamentes zu prüfen und den finanziellen sowie den personellen Bedarf hierfür darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8./ Projekt Neubau Gymnasium Auswirkungen von G9 Vorlage: 40/014/2018

Protokoll:

Stv. Abel erläutert, dass ein Blick in die Zukunft nicht möglich sei. Jedoch solle die Verwaltung und auch der Rat die Kostenentwicklung dieses Projektes kritisch hinterfragen und ständig überprüfen.

Stv. Lukat führt aus, dass die Erweiterung des Neubaus zu G9 in der jetzigen Situation die wirtschaftlich günstigste Lösung sei.

Stv. Ruppert stimmt dem im Namen der FDP-Fraktion zu.

Stv. Stracke bittet darum, dass die Verwaltung ihr Schreiben an das Finanzministerium zum Thema: „Konnexität“ dem Protokoll beifügt. *(siehe Anlage und Ratsinformationssystem TOP 8)*

Beschluss:

Einer Erweiterung des Neubaus am Gymnasium, resultierend aus der Rückkehr zu G9, wird auf Basis der vorgelegten und als Anlage beigefügten Raumanalyse zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt. Die erforderlichen Finanzressourcen sind unter Berücksichtigung der Refinanzierung durch das Land bereit zu stellen, in den **Haushalt 2019/2020 einzuplanen und in 2018 als überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bereitzustellen.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9./ Offene Ganztagschule an der Don-Bosco-Schule**a) Kooperationsvereinbarung****b) Nachtrag Stellenplan 2018/Einrichtung einer neuen Teilzeitstelle für die OGS Don-Bosco****Vorlage: 40/013/2018**

Beschluss:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der städtischen Trägerschaft an der Offenen Ganztagschule (OGS) der Katholischen Grundschule Don-Bosco eine Kooperationsvereinbarung entsprechend Anlage 1 zu dieser Vorlage abzuschließen.
- 2) Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Teilzeitstelle 29 Std. EG S4 ab 01.08.2018 in Amt 40 – OGS Don-Bosco zu.

Abstimmungsergebnis:**zu 1.**

mehrheitlich beschlossen

35 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen

zu 2.

einstimmig beschlossen

10./ Antrag der GAL-Fraktion v. 29.05.2018
hier: Erweiterung der Variante 4 GGS Gruiten

Beschluss:

Der Antrag wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.06.2018 zurückgestellt und soll in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut beraten werden.

Der Tagesordnungspunkt wurde daher von der Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Antrag der FDP-Fraktion v. 30.05.18
hier: PCB-Belastung GGS Gruiten

Beschluss:

Der Antrag wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.06.2018 zurückgestellt und soll in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut beraten werden.

Der Tagesordnungspunkt wurde daher von der Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Antrag der WLH-Fraktion vom 20.02.18
hier: Haftmittelnutzung - Vereinen Planungssicherheit geben

Beschluss gem. Antrag der WLH-Fraktion vom.20.02.2018

Der Rat der Stadt Haan beschließt, das Haftmittelverbot für die Turnhalle Adlerstraße aufzuheben, damit hier die Verwaltung selbstständig mit den Handballausübenden Vereinen die Zeiten für eine Nutzung mit Haftmitteln und einem Reinigungsplan abstimmt, so dass der Schulsport dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der WLH-Fraktion vom.20.02.2018

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja / 33 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss gem. BV der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss des Rates zur Haftmittelnutzung vom 27.06.2017 mit den Ergänzungen des Ratsbeschlusses vom 27.02.2018 sowie den Vereinbarungen zu den Testspielen in der Ferienzeit in eine Vereinbarung auf jederzeitigen Widerruf zu überführen.

Abstimmungsergebnis zum BV der CDU-Fraktion:

mehrheitlich beschlossen

32 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

**13./ Mindeststandards in Städtische Wohnunterkünfte Ergänzungsvorlage
Vorlage: 50/011/2018**

Protokoll:

Stv. Lemke erklärt, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag zurückziehe. Nach Beratung innerhalb der Fraktion, schließe sich die CDU-Fraktion der favorisierten Variante (Variante d) der Verwaltung an.

Stv. Ruppert führt aus, dass sich die FDP-Fraktion der Variante d ebenfalls anschließen könne. Er erläutert, dass es hier schließlich nur um Mindeststandards gehe, welche nicht unterschritten werden dürften. Dies bedeute jedoch in keinem Fall, dass die Mindeststandards nicht überschritten werden könnten. Sollten größere Räume geplant werden, so könne dies nach wie vor geschehen.

Stv. Lukat warnt davor, nur die Baukosten zu betrachten. Auch die sozialen Folgekosten müssten hier im Blick behalten werden. Sie halte 10 m² für eine Einzelperson für eine Zumutung. Weiterhin stehe einem Flüchtling eine Mindestgröße von 15 m² zu. Daher erschließe es sich ihr nicht, weshalb diese Mindestgrenze nicht auch hier gelten solle.

Stv. Stracke verweist auf den generell gehobeneren Lebensstandard in Haan. Die SPD-Fraktion sehe daher keinen Grund, dies nicht auch in den Mindeststandards hier entsprechend anzupassen.

Stv. Sack verweist auf die Beratungen aus der gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses (SIA) und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA). Hier wurde fachlich über das Thema diskutiert und sich mehrheitlich für die Variante c ausgesprochen. Er bittet daher darum den Beschluss des Fachausschusses zu bestätigen.

Bgm'in Dr. Warnecke stellt daraufhin beide Varianten (c und d) zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag gem. Variante c:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, die in den Vorlagen 560/011/2018 und 50/006/2018 vom Caritasverband empfohlenen Mindeststandards mit der Maßgabe festzusetzen, dass für Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern abgeschlossene Wohneinheiten mit Küche, Toilette, Waschbecken und Dusche abgetrennt von anderen Bewohnern, zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis Variante c:

mehrheitlich abgelehnt
18 Ja / 19 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss gem. Variante d:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, die in der Vorlage 50/006/2018 vom Caritasverband empfohlenen Mindeststandards mit der Maßgabe festzusetzen, dass für Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern abgeschlossene Wohneinheiten mit Küche, Toilette, Waschbecken und Dusche abgetrennt von anderen Bewohnern zur Verfügung gestellt werden und für alleinstehende Personen ein Raumbedarf von 10 qm vorgehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
19 Ja / 18 Nein / 0 Enthaltungen

**14./ Handlungsempfehlung für eine seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/012/2018**

Protokoll:

Stv. Ruppert verweist auf seine Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Die FDP-Fraktion halte nach wie vor daran fest und sei der Meinung, dass die vorgelegte Handlungsempfehlung für eine seniorengerechte Quartiersentwicklung den Anforderungen nicht gerecht werde.

Stv. Stracke spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für die Handlungsempfehlung aus. Hier gehe es auch darum, die hierfür benötigten finanziellen Mittel rechtzeitig in den Haushalt einzustellen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die vorliegende Handlungsempfehlung als Leitlinie zur Entwicklung der Seniorenarbeit/seniorengerechte Quartiersentwicklung zugrunde zu legen.
2. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die Verwaltung zu beauftragen, auf Basis der Handlungsempfehlung Maßnahmen zur Entwicklung seniorengerechter Quartiere zu ergreifen. Hierfür sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Mittel in den Haushalt 2019 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

33 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

15./ Bebauungsplan Nr. 107 "Horst"

**hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen,
Beschluss der Flächennutzungsplanänderung,
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB**

Vorlage: 61/231/2018

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 107 „Horst“ i. d. F. vom 06.02.2018 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 06.02.2018 wird zugestimmt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wird von Grundstücken an der Kölner Straße/Bahnhofstraße im Norden, der Breidenhofer Straße im Osten, der südlichen Grenze des Flurstücks 205 (Weg „Horst“) und der westlichen Grenze der Flurstücke 214 und 215 umfasst. Er beinhaltet ganz oder teilweise die Flurstücke der Gemarkung Haan, Flur 22, Nr. 2, 10, 11, 184, 185, 186, 197, 205, 212, 213, 214, 215. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

**16./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan
hier: Förderrichtlinien Fassadenprogramm
Vorlage: 61/232/2018**

Beschluss:

Die Richtlinien der Stadt Haan über die Gewährung von Zuwendungen zur Neugestaltung von Fassaden in der Innenstadt Haan - Förderrichtlinien Fassadenprogramm - werden gemäß der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

**17./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan
hier: Förderrichtlinien Verfügungsfonds, Geschäftsordnung
Verfügungsfondsbeirat
Vorlage: 61/233/2018**

Beschluss:

1. Die Richtlinien der Stadt Haan über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds für den Bereich der Innenstadt - Förderrichtlinien Verfügungsfonds werden gemäß der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.
2. Die Geschäftsordnung für das Entscheidungsgremium zum Verfügungsfonds für den Bereich der Innenstadt - Geschäftsordnung Verfügungsfondsbeirat – werden gemäß der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

**18./ Verkehrsentwicklungsplan Haan Stufe II – Handlungskonzept Radverkehr
und Fußgängerverkehr
hier: Beschluss des Handlungskonzeptes
Vorlage: 61/230/2018**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf den angepassten Beschlussvorschlag der Verwaltung, welcher sich aus den Beratungen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ergeben habe und stellt diesen zur Beratung.

Stv. Schniewind merkt an, dass das Wort „alternativ“ auf S. 78 des Handlungskonzeptes beim dritten Punkt der Ziffer 2 (Maßnahmen B228) gestrichen werden müsse.

Bgm'in Dr. Warnecke entgegnet, dass dadurch der Beschluss aus rechtlicher Sicht nicht eindeutig sei, weshalb die Verwaltung davon abrate.

Stv. Lemke verliert einen weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion, welcher vorsieht, unter Punkt 2 (Maßnahmen B228) auf S. 78 des Handlungskonzeptes, sowohl den ersten (*Markierung eines Schutzstreifens bergauf*), als auch den dritten Punkt (*Alternativ Ausweisung Höchstgeschwindigkeit 30 km/h*) zu streichen.

Beschluss gem. BV der CDU-Fraktion:

1. Das Handlungskonzept Radverkehr- und Fußgängerverkehr mit Stand vom Mai 2018 wird mit Ausnahme der auf S. 78 des Handlungskonzeptes unter „Maßnahmen B228“ bei Punkt 2 „Bahnhofstraße“ aufgeführte erste und dritte Spiegelstriche beschlossen.
2. Die Verwaltung wird jährlich über den Stand der Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes berichten.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.
mehrheitlich beschlossen
19 Ja / 18 Nein / 0 Enthaltungen

zu 2.
einstimmig beschlossen

**19./ Kreuzungsausbau Düsseldorfer Str./Erkrather Str./Leichlinger Str. sowie Sperrung der Durchfahrt Erkrather Str. im Zuge der Ansiedlung des Baumarktes an der Düsseldorfer Str.
hier: Analyse der verkehrlichen Auswirkungen nach einjährigem Betrieb und Beschluss der weiteren Verfahrensweise
Vorlage: 66/056/2018**

Beschlussvorschlag:

1. Auf die Nachrüstung einer Lichtsignalanlage für die Kreuzung Düsseldorfer Str. / Erkrather Str. / Leichlinger Str. wird verzichtet.
2. Die Sperrung der Durchfahrt auf der Erkrather Straße in Höhe der Sandbachbrücke bleibt bestehen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.

einstimmig beschlossen

zu 2.

mehrheitlich beschlossen

28 Ja / 5 Nein / 3 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**20./ Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der Stadt Haan
Vorlage: 32-2/061/2018**

Beschluss:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.06.2018 wurde die vorgelegte Gebührensatzung zurückgestellt, da noch wichtige Aspekte zu klären seien, weshalb die Verwaltung die Gebührensatzung noch nicht als beschlussfähig ansehe.

Der Tagesordnungspunkt wurde daher von der Tagesordnung gestrichen und wird in den nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 11.10.2018 und des Rates am 30.11.18, erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich

**21./ Wahl der Haupt- und Hilfsschöffinnen/-schöffen für die Schöffengerichte und Strafkammern (einschl. Schwurgericht - ohne Jugendstrafkammern) des Landesgerichtsbezirkes Wuppertal für die Amtszeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023
Vorlage: 32-2/062/2018**

Beschluss:

Die in der Anlage 1 – im nichtöffentlichen Teil – beigefügte Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffinnen /-schöffen der Schöffengerichte und Strafkammern des Landesgerichtsbezirkes Wuppertal für die Amtszeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**22./ Stiftung Städtepartnerschaft Haan-Eu
Anpassungen
Vorlage: WTK/027/2018**

Beschlussvorschlag:

1. Die Bevollmächtigung von Herrn Elmar Jünemann wird widerrufen.
2. Die treuhänderische Verwaltung des Stiftungsvermögens erfolgt neben der Bürgermeisterin / § 4 der Satzung – durch die 1. Bgo. Frau Dagmar Formella und der Leiterin des Jugendamtes Frau Elke Fischer. Die Abwicklung der Verwaltungsaufgaben wird organisatorisch dem Amt 51 – Jugendamt – zugewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
36 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

23./ Antrag der WLH-Fraktion v. 14.06.2018
hier: Breitband in Haan

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass viele Städte die Zustände der Breitbandversorgung nicht hinnehmen wollen und den Ausbau vorantreiben möchten. Sie verweist auf die Idee eines sog. „Breitbandkoordinators“ und richtet eine Bitte an den Kreis Mettmann, diese Idee auf Kreisebene ins Auge zu fassen, sollte der Antrag der WLH-Fraktion in der heutigen Sitzung abgelehnt werden.

Der WLH-Fraktion gehe es darum, eine Datenbasis zu schaffen und erst einmal grundsätzlich aufzuzeigen, welche Haushalte in Haan unterversorgt sind. Darauf aufbauend können dann weitere Maßnahmen geplant werden.

Stv. Giebels verweist auf seine Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss am 26.06.2018. Im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Stadtmarketing und Tourismus (WLSTA) wurde durch einen Gutachter bereits dargelegt, dass die Stadt Haan nach derzeitigem Stand keine Chance auf Fördermittel für den Ausbau der Breitbandversorgung hat. Es seien derzeit neue Förderprogramme avisiert, jedoch lägen hier noch keine konkreten Schwellenwerte, geschweige denn konkrete Förderprogramme vor.

Grundsätzlich sei der Antrag der WLH-Fraktion nicht falsch, jedoch mache dieser zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Selbst wenn die Stadt jetzt eine Datenerhebung durchführe, so sei dies keine Garantie dafür, diese Daten später auch für einen Fördermittelantrag verwenden zu können. Im schlimmsten Fall seien die Daten dann veraltet und können nicht mehr verwendet werden, was eine erneute Erhebung notwendig machen würde.

Beschluss gem. BV der WLH-Fraktion:

Damit es zu einer Verbesserung der Breitbandversorgung in Haan kommt, wird die Verwaltung beauftragt, die unterversorgten Hausanschlüsse zu listen und konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Versorgungsverbesserung aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 33 Nein / 1 Enthaltung

24./ Neubesetzung von Ausschüssen

./ zu TOP 24 - Antrag der CDU-Fraktion v. 19.06.18

Beschluss:

Die Neubesetzung von Ausschüssen wird gem. des Antrages der CDU-Fraktion vom 19.06.2018 beschlossen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

./ zu TOP 24 - Antrag der WLH-Fraktion v. 19.06.18

Protokoll:

Stv. Schniewind erklärt, dass er seine Ausschussmandate behalten möchte. Insofern könne er den Nummern 1, 5 und 9 des Antrages der WLH-Fraktion nicht zustimmen, was zur Folge habe, dass hier keine Einstimmigkeit des Rates hergestellt werden kann.

Stv. Lukat führt aus, dass die WLH bei der Kommunalwahl 2014 kein Direktmandat gewinnen konnte. Insofern seien alle Ratsmitglieder der WLH gem. der Wahlliste ernannt worden, wozu auch der Stv. Schniewind zähle. Dies zeige, dass die Bürgerinnen und Bürger die WLH und nicht den einzelnen Kandidaten, in diesem Falle den Stv. Schniewind, gewählt hätten. Das Wahlergebnis dürfte hier nicht ignoriert werden, weshalb sie den Stv. Schniewind auffordere seine Ausschussmandate aufzugeben und der WLH-Fraktion zur Besetzung zur Verfügung zu stellen. Andernfalls fühle sich die WLH-Fraktion stark benachteiligt, da sie dadurch z.B. im Unterausschuss ÖPNV nun keinen Sitz mehr habe.

Stv. Stracke erklärt, dass Fraktionen nicht zwangsläufig an Parteien gebunden sein müssten. Zudem sei das Argument bezüglich des Wahlergebnisses und des Listenmandats nicht haltbar, da der Gesetzgeber zwischen einem Direktmandat und einem Listenmandat keinen Unterschied mache. Er wundere sich über die Forderung an den Stv. Schniewind, da auch die Stv. Lukat in 2011 aus der CDU ausgetreten sei und ihr damaliges Ratsmandat sowie ihre Ausschussmandate behalten habe. Er frage sich, inwiefern die Situation jetzt anders sei.

Stv. Lemke erläutert, dass die CDU den Austritt der Stv. Lukat und den damit verbundenen Ausschusssitzverlust für die CDU-Fraktion damals akzeptiert habe. Er plädiert daher an die WLH-Fraktion dieses hier ebenfalls zu tun.

Beschluss:

Die Neubesetzung von Ausschüssen werden gem. den Ziffern **2, 3, 4, 6, 7, 8, 10** und 11 des Antrages der WLH-Fraktion vom 19.06.2018 beschlossen.

Zu Ziffer **1, 5** und **9** des Antrages der WLH-Fraktion vom 19.06.2018 erklärt der Stv. Schniewind, dass er seine Ausschussmandate, trotz fehlender Fraktionszugehörigkeit behalten möchte. Insofern konnte über die o.g. Ziffern keine Einstimmigkeit des Rates hergestellt werden.

Mündlicher Antrag der WLH-Fraktion:

Die WLH-Fraktion beantragt aufgrund der fehlenden Einstimmigkeit über die Ziffern 1, 5 und 9 des Antrages der WLH-Fraktion vom 19.06.2018 auf Neubesetzung von Ausschüssen, die Auflösung folgender politischer Ausschüsse der Stadt Haan mit gleichzeitiger Neubesetzung der Ausschussmandate:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
- Unterausschuss ÖPNV

Abstimmungsergebnis:

zu Ziffern 2, 3, 4, 6, 7, 8, 10 des Antrages der WLH-Fraktion vom 19.06.2018
einstimmig beschlossen

zu mündlichem Antrag der WLH-Fraktion

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja / 30 Nein / 4 Enthaltungen

25./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat verweist auf die Flüchtlinge, welche in Haan leben jedoch keinen Schulabschluss besäßen. Sie möchte wissen wie viele dies seien und wie diese beschult werden sollen.

1. Bgo. Formella sichert die Beantwortung der Anfrage als schriftliche Ausführung an die Mitglieder des SIA, BKSA, JHA und Rat zu.

Die Anfrage der WLH-Fraktion vom 04.07.2018 wurde seitens der Verwaltung schriftlich beantwortet (*siehe Ratsinformationssystem TOP 25*)

Weiterhin liegen keine Anfragen vor.

26./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.